



Herbert Fritschi unplugged

US-Präsidentschaftswahlen - Die Trump-Gefahr

Wirtschaftliche Unzufriedenheit als Wahlkampfthema

Die Globalisierung hat in vielen Ländern mehr den Unternehmen als der Bevölkerung geholfen. Dies gilt auch für die USA, wo die Unterschicht am meisten gelitten hat. Ihre Löhne sind, z. T. unter dem Druck der Billiglohnstaaten, real gesunken oder haben keine nennenswerten Erhöhungen erfahren. Auch grosse Teile der Mittelschicht befürchten in eine Abwärts Spirale zu geraten, sobald der US-Konjunkturmotor wieder zu stottern beginnt. In erster Linie gehören die Vertreter der Oberschicht zu den Profiteuren der Globalisierung. Die Einkommens- und Vermögensschere scheint in den USA immer weiter auseinanderzugehen. Krasse sozioökonomische Ungleichgewichte in der Gesellschaft stellen einen idealen Nährboden für politische Veränderungen dar. Dabei gilt: Je ungerechter die aktuelle Lebenssituation von einer Mehrheit eingestuft wird, desto wahrscheinlicher ist es, dass ein neues Wählerverdikt von den letzten Wahlergebnissen abweicht.

Wunsch nach Veränderungen

Viele Amerikanerinnen und Amerikaner sehnen sich nach Veränderungen. Für nicht wenige ist die Demokratie zu einer Art „Moneykratie“ verkommen. Die Mittel- und die Unterklasse fühlen sich durch die Politiker nur noch schlecht oder gar nicht mehr vertreten. Der erste farbige Präsident der USA, Barack Obama, hat nicht zuletzt wegen des fehlenden Gewichts seiner Partei im Parlament, nicht für alle das gebracht, was sie sich von ihm erhofft hatten. Nun soll es eine Frau für die Demokratische Partei richten. Doch Hillary Clinton, die frühere US-Aussenministerin und einstige „First Lady“, gehört noch viel ausgeprägter als Barack Obama zum amerikanischen Establishment. Ihre gewaltige Wahlmaschinerie wird mit grosszügigen Spenden von vielen Reichen und Superreichen gespeist, was ihre politische Unabhängigkeit schmälert. Hinter den Politikulissen ziehen eh hüben wie drüben die Superreichen und Lobbyisten die Fäden. Nicht selten kommt es vor, dass die gleichen Geldgeber Vertreter der Republikanischen und solche der Demokratischen Partei sponsern. Auf diese Art versuchen die grosszügigen Geldgeber, sich bei beiden Parteien einzuschmeicheln. Erst in der unterschiedlichen Wahlspendenhöhe zeigt sich, wen man effektiv lieber im Amt sehen würde.

Suche nach Alternativen

Die politischen Kräfteverhältnisse zwangen die Demokratische Partei in den letzten Jahren Kompromisse mit den Vertretern der Republikanischen Partei (*Grand Old Party*) einzugehen. Ein solches „Angleichen“ in der Realpolitik kann zu einer fehlenden Differenzierung/Abgrenzung führen und wird verschiedentlich als Ausdruck von Schwäche interpretiert: Die entsprechenden Parteiprofile drohen an Kontur und Strahlkraft zu verlieren. Je stärker die politische Konvergenz grosser etablierter Parteien (und ihrer Spitzenvertreterinnen und Spitzenvertreter), desto farbloser wirkt die Politik. Grossen Koalitionen, welche von allen involvierten Parteien eine grosse Kompromissbereitschaft abverlangen, sind zum Scheitern verurteilt. Eine Vermengung unterschiedlicher Interessen wird von den traditionellen Wählerinnen und Wählern (Parteibasis) meistens nicht goutiert. Nun hat auch in den USA die Stunde der Aussenseiter geschlagen. Die Flanken nach links und rechts liegen offen. Die Unzufriedenen strömen weg von der Mitte.

Links oder rechts?

Der linke Politflügel blieb in den USA lange unbesetzt. Der Kommunismus hat im Land des Kapitalismus keine Chance. Die Angst vor dem Kommunismus führte dazu, dass auch sozialistisches Gedankengut jahrzehntelang einen sehr schweren Stand in der Politik hatte. Erst Bernie Sanders, der inzwischen den Weg frei für seine Parteikollegin Hillary Clinton gemacht hat, ist zuletzt mit einem Achtungserfolg in dieses Vakuum vorgestossen. Ein wichtiges Anliegen ist ihm ein gerechteres Steuersystem für die USA. Der linke Flügel der Demokraten dürfte aber politisch erst richtig an politischem Gewicht gewinnen, wenn dieser mit einer Abspaltung droht. Wahrscheinlich wird es erst dann möglich sein, eine noch viel grössere Dynamik zu entfalten. In einer Zweiparteiendemokratie, wie die USA sie kennt, wäre dafür jedoch eine fundamentale Umgestaltung der Wahlgesetze nötig, was einer Umpflügung des etablierten amerikanischen Politsystems gleichkäme. Im Gegensatz zu Europa haben die USA auf der linken Seite des Parteienspektrums noch Nachholbedarf. Die Unzufriedenheit in weiten Teilen der Unterschicht und Mittelklasse könnte dereinst zu einem politischen Linksdraft führen. Hillary Clinton hat auf alle Fälle schon jetzt, im Kampf um die Stimmen der Anhänger von Bernie Sanders, versprochen, gewisse Wahlkampfthemen von diesem im Rennen um den Wahlsieg zu übernehmen.

Donald Trump punktet bei „Wutbürgern“

Der Milliardär (und Showman) Donald Trump, der von der Republikanischen Partei zum offiziellen Präsidentschaftskandidaten gekürt wurde, appelliert mit seinen politischen Positionen an den amerikanischen Nationalstolz und setzt dabei stark auf die Unterstützung der vielen „Wutbürger“, die ihr Heil nicht links sehen. Trump agiert oft populistisch (wenn nicht sogar demagogisch) und hat einen grossen Zulauf aus der gesellschaftlichen Mittel- und Unterschicht. Er wütet gegen die Mexikaner, die illegal über die Grenze kommen und den Einheimischen die Arbeitsplätze wegnehmen. Aus Sicherheitsgründen würde er am liebsten auch muslimische Einwanderer nicht mehr ins Land lassen. Die Importe aus Billiglohnländern, wie z. B. aus China, sind Trump ein Dorn im Auge, da sie zu einem Lohndruck und zu einem Verlust von inländischen Arbeitsplätzen führen. In der Steuerpolitik will er stossende Ungerechtigkeiten beseitigen und eine fundamentale Vereinfachung im Steuersystem herbeiführen. Trotz der vielen Gewaltausbrüche unter Verwendung von Schusswaffen (Amokläufe, Schiessereien etc.), lehnt Donald Trump eine Verschärfung des Waffengesetzes vehement ab; mit dieser Haltung hat er die einflussreiche Waffenlobby auf seiner Seite. Aussenpolitisch will Trump die USA zu neuer Grösse führen und parallel dazu das Selbstbewusstsein der Amerikanerinnen und Amerikaner stärken. Das kommt bei vielen gut an.

Parallelen zu Europa

Die Entwicklung in den USA hat teilweise Ähnlichkeiten mit dem aktuellen Rechtsrutsch in Europa. Auch in Europa nimmt die Zahl der Politverdrossenen, die sich unverstanden und von der Politik allein gelassen fühlen, zu. Die Fremdenfeindlichkeit steigt und nationalistische Töne werden vielerorts lauter. In Europa ist der Trend nach rechts momentan möglicherweise noch ausgeprägter als in den USA, wo der links politisierende Bernie Sanders im Vorwahlkampf überraschend erfolgreich war. In Europa ist gegenwärtig ein grosser Linksrutsch eher unwahrscheinlich, da dort die sozialen Errungenschaften bereits ein hohes Niveau erreicht haben. Vielen Bürgerinnen und Bürgern ist klar: Mehr ist nicht mehr finanzierbar!

Zugeständnisse könnten Siegeschancen erhöhen

Um echte Wahlchancen in der Endausmarchung um das Präsidentenamt zu haben, wird sich Donald Trump in der entscheidenden Schlussphase mässigen müssen. Um sein Ziel zu erreichen, wird Donald Trump wohl auch auf Instrumente aus dem sozialistischen Werkzeugkoffer zugreifen müssen. Denn viele Amerikanerinnen und Amerikaner der Unter- und Mittelschicht haben Angst, im Krisenfall ohne Sicherheitsnetz dazustehen und durch die groben Maschen der sozialen Wohlfahrt zu fallen. Ob Trump den Hispanics und anderen Ethnien noch in irgendeiner Weise entgegenkommt, ist unsicher. Sehr interessant wird es sein zu sehen, wie der Patriarch Donald Trump, auf der Jagd nach Wählerstimmen, die amerikanischen Frauen auf den letzten Metern seines Wahlkampfes noch umgarnen wird; im Wahlkampf ist er zum Teil sehr verletzend gegenüber Frauen aufgetreten. Um reelle Chancen auf einen Triumph zu haben, muss Trump im Prinzip fast jeder Wählerin und jedem Wähler mindestens ein einigermaßen vernünftiges Versprechen in Aussicht stellen. Selbst wenn die Chancen auf effektive Realisierung gering sind, dürfte Trump aus diesem Grund nichts unversucht lassen, um neue Wählerstimmen hinzuzugewinnen. Es wird also spannend sein zu beobachten, wie weit sich Donald Trump auf den letzten Metern noch aus dem Fenster lehnt und „verbiegt“ um sein Ziel, die US-Präsidentschaft, zu erreichen.

Die begrenzte Macht des Präsidenten

Der amerikanische Präsident gilt zwar als der mächtigste Mann der Welt. Seine Macht ist jedoch stark durch institutionelle Fesseln eingeschränkt. Er ist kein Diktator. Für wichtige Themen braucht er die Zustimmung vom Kongress, d. h. der Repräsentanten und Senatoren (und die Lobbyisten im Hintergrund). Hinzu kommt die Macht der Administration. Der Präsident kann zwar alles versprechen, aber durchsetzen kann auch er nur das, was die politische Mehrheit und die Lobby akzeptieren. Man sollte darum die Risiken, die vom impulsiven Donald Trump ausgehen nicht überschätzen (aber auch nicht unterschätzen). Eingespant in die Mühlen des politischen Alltags, dürfte sich auch eine Persönlichkeit vom Format eines Donald Trump mit der Zeit mässigen.

Und im Notfall die Notbremse

Sollte Donald Trump Ende 2016 zum 45. US-Präsidenten gewählt werden und im Verlauf seiner Amtszeit zu einer echten „Gefahr“ für die USA werden, muss er im Extremfall mit einem Amtsenthebungsverfahren (*Impeachment*) rechnen. Die Voraussetzungen und Hürden für eine Absetzung sind allerdings hoch. Aber es ist beruhigend zu wissen, dass die amerikanische Rechtsordnung die notwendigen Rechtsmittel kennt und gut vorbereitet ist, um „schädliche“ Amtsträger notfalls auch gegen den eigenen Willen aus dem Verkehr zu ziehen und somit aus Amt und Würden zu jagen.

20. Juli 2016 Herbert Fritschi und Gion Reto Capaul
